

Beim „Sterzwinkel“ fehlt Transparenz

HIRSCHBERG. Die Grüne Liste Hirschberg hatte dieser Tage zur Mitglieder- und Interessiertenversammlung eingeladen. Vorstandsmitglied Claudia Helmes berichtete zunächst vom Besuch beim Bauernhof Ochsenschläger in Biblis. Dort konnten die Besucher – der Großteil der Teilnehmer hatte die Anreise (immerhin knapp 40 Kilometer) mit dem Fahrrad bewältigt – hautnah erleben, wie nachhaltige Landwirtschaft aussieht – ohne Bio-Siegel, aber dafür mit einem besonderen Augenmerk auf das Wohl der Hühner und Schweine und einer Vorliebe für besondere Gemüsesorten, heißt es in einer Presseerklärung.

Anschließend berichtete Uli Sckerl aus dem Landtag. Die grün-schwarze Koalition felerte am 12. Mai „1. Hochzeitstag“ mit einer unerwartet guten Bilanz. Es hätte sich in dieser Zusammenarbeit gezeigt, dass unterschiedliche Lager einen Konsens im Sinne des Landes finden können. Die Ökologisierung und Modernisierung der Industrie gehe voran und auch bei der CDU gelten nun die Grünen nicht mehr als „Wirtschaftsverhinderer“. Besonders freute sich Sckerl, dass weiterhin viel in ÖPNV und den Radverkehr investiert werde, auch wenn es oft an der Initiative der Kommunen mangle, die Ideen auch umzusetzen.

Den wichtigsten Punkt der Mitgliederversammlung bildeten die aktuellen Themen aus dem Gemeinderat. Fraktionsvorsitzende Monika Maul-Vogt schilderte kurz die Planungen für die „Naturgruppe“ im Kindergarten „Das Baumhaus“ in Großsachsen. Diese sechste Kindergarten-Gruppe im Baumhaus sei eine Bereicherung für die Kindergartenlandschaft und, wie Maul-Vogt erklärte, mache zudem die Erhöhung der Ganztagsplätze



Bei der Mitgliederversammlung erneuerte die Grüne Liste Hirschberg ihre Kritik an der Erweiterung des Betriebs Edeka Zeilfelder. ARCHIVBILD: FRITZ KOPEZKY

möglich. Vor allem berichtete die Gemeinderätin über den Bebauungsplanentwurf Sterzwinkel, bei dem es um eine Erweiterung des Edeka-Marktes von 800 auf 1200 Quadratmeter sowie den Neubau eines Drogeriemarktes und Therapiezentrums geht. Die GLH-Fraktion hatte diesem Entwurf im Gemeinderat nicht zugestimmt und dabei deutlich gemacht, dass sie das Vorgehen der Gemeinde für falsch hält: Zum einen sei der gesamte Prozess auffallend intransparent verlaufen, berichtete Maul-Vogt den Mitgliedern. Während bei dem zweiten kürzlich beschlossenen Bebauungsplan, nämlich dem über das Gebiet östlich der Brunnengasse, Wert auf Bürgerbeteiligung und Transparenz gelegt worden sei und beispielsweise frühzeitig Informationsveranstaltungen organisiert wurden, sei das Gutachten zu den Auswirkungen der Gewerbeentwicklung im Sterzwinkel fast ein Jahr unter Verschluss gehalten und erst kurz vor der entscheidenden

Sitzung an den Gemeinderat herausgegeben worden. Die GLH lehne nicht grundsätzlich die weitere Gewerbeentwicklung im Sterzwinkel ab, doch werden hier vorschnell Fakten geschaffen, was vor allem hinsichtlich der Verkehrsentwicklung und der Auswirkungen auf die örtlichen Geschäfte kritisch zu sehen sei.

Problem Verkehr

Beim Verkehr spiele sich die Gemeinde mit dem Bebauungsplan „Sterzwinkel“ einen Schildbürgerstreich: Das Verkehrsgutachten kam Ende 2016 zu dem Schluss, dass die Behebung der aktuellen Verkehrsdefizite zwingende Voraussetzung für eine Erweiterung des Edeka und die Ansiedlung eines Drogeriemarktes sei. Die im Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen seien aber bisher nicht angegangen worden, so Maul-Vogt. Der Vorschlag der GLH-Fraktion sei es deshalb gewesen, erst die Verkehrsentwicklung nach Umsetzung der Maßnahmen zu

evaluieren und dann über die Gewerbeentwicklung im Sterzwinkel zu entscheiden – das sei aber offenbar nicht gewünscht. Der zweite kritische Punkt, erläuterte Maul-Vogt, seien die Auswirkungen auf die Geschäfte vor Ort. Aus dem Einzelhandelsgutachten gehe nicht hervor, auf welcher Datenbasis das Planungsbüro die Prognosen errechnet hätte: „Wir haben die Befürchtung, dass Auswirkungen größer sein werden als dargestellt.“ Insbesondere könnte es – auch laut Gutachten – durchaus sein, dass die Kaufkraftverlagerungen so gravierend ausfallen, dass die Erweiterung des EDEKA gegen das Beeinträchtungsverbot verstoße. Nicht mehr als zehn Prozent der Kaufkraft dürfen, laut Gesetz, durch Neubau oder Erweiterungen umverteilt werden. Das Gutachten schätzt die Umverteilung auf vier Prozent – 14 Prozent, rechnet dann im Weiteren aber – ohne Begründung dieser Annahme – mit neun Prozent Umverteilung. Es sei unverständlich, warum die Gemeinde dieses Argument nicht berücksichtige, zumal sie damit langfristig das Risiko einer Verschlechterung der Nah- und Grundversorgungsfunktion in Kauf nehme. Schließlich ärgerte sich die Gemeinderätin auch über die Ausgestaltung des Bebauungsplans: Die GRZ solle auf 0,9 erhöht werden, Stellplätze sollen als Ausgleichsfläche gelten. Wichtig sei nun, dass die Bürger die Möglichkeit von Einwendungen nutzen und ihre Meinung zu dem Vorhaben mitteilen. Die Einwendungsfrist für die Bürger läuft bis zum 6. Juni. Dennoch betonte Maul-Vogt, gehe es nicht darum, die Gewerbeentwicklung zu verhindern, sondern erst die Probleme, die damit im Zusammenhang stehen, zu lösen, bevor über eilte Entscheidungen getroffen werden.